

## Das politische Meinungspendel in Europa schwingt nach rechts

Nachdem nun seit ca. 40 Jahren der Zeitgeist links geweht hat, scheint sich langsam ein Umschwung des Meinungspendels anzubahnen. Die jugendlichen Wähler, auf die die Sozialdemokratie so sehr baute, dass sie das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzte, laufen ihr nun schon seit Längerem davon.

Schweden, das über ein halbes Jahrhundert lang beinahe als „Mutterland der Sozialdemokratie“ galt, hat heute, nachdem Umverteilung und Sozialausbau ihre Finanzierbarkeitsgrenzen überschritten hatten, eine solide Mehrheit der rechten Mitte, die Sozialdemokraten kommen auf weniger als ein Drittel der Wähler. Diese Tendenz ließ sich seit den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts in ganz Europa feststellen.

Nur Deutschland schien da lange nachzuhinken, denn die CDU/CSU vermied peinlich, rechte Positionen einzunehmen: zu sehr fürchteten sich die Unionsparteien vor der veröffentlichten Meinung, die auf alles, was sich nicht als links bekannte, mit der Faschismuskeule eindrosch. Medienwissenschaftler Norbert Bolz von der Technischen Universität Berlin schreibt im linksliberalen Berliner Tagesspiegel: „Im politischen Spektrum Deutschlands gibt es seit den Tagen des schwarzen Riesen Helmut Kohl ein Vakuum auf der Rechten. Angela Merkel hat aus der CDU endgültig eine sozialdemokratische Partei gemacht.“ Und plädiert für eine neue Rechte: „Das größte Potenzial für eine rechte Partei steckt natürlich in den frustrierten Unionswählern. Die Werte, um die es hier geht, lassen sich genau benennen. Die Rechte ist gegen den Paternalismus des vorsorgenden Sozialstaates, für mehr Selbstverantwortung und den unzweideutigen Schutz des Eigentums. Die Rechte ist für einen fröhlichen Patriotismus und eine christliche Leitkultur. Die Rechte hält am Vorrang der traditionellen Familie und an einem mehrgliedrigen Bildungssystem fest. Mit einem Wort: Die politische Rechte steht für Bürgerlichkeit.“ Einer Politik mit nur einem, dem linken Flügel ist kein Aufschwung zuzutrauen.

Die von Thilo Sarrazin angefachte Debatte, die von betroffenen muslimischen Frauen, wie Necla Kelek und Ayaan Hirsi Ali vorgebrachten Anklagen gegen menschenrechtswidrige Praxis auch im „europäischen Islam“ stoßen auf großen Widerhall. Die Antworten der „Linken“ gehen den meisten Wählern da nicht weit genug zum Schutz der Bürger. Meldungen über jugendliche

Gewalttäter - mit und ohne Migrationshintergrund - nehmen zu. Die Bürger sehnen sich wieder mehr nach Recht und Ordnung - und finden, die Linke sei zu sehr verständnisvoll auf Seiten der Täter statt der Opfer. Staatliche Subventionen für „den Kampf gegen Rechts“, der zunehmend von gewaltbereiten „Autonomen“ mit dem „Schwarzen Block“ unter Zerstörung von Polizei- und Privatautos, mit eingeschlagenen Schaufenstern und Dutzenden verletzten Polizisten geführt wird, finden längst kein Verständnis mehr in der Öffentlichkeit. So manche Parole der britischen Konservativen und der US-amerikanischen Tea-Party - Bewegung wird auch in Mitteleuropa auf fruchtbaren Boden fallen.

---

### Luxus-Fahrräder für EU-Beamte

Die berühmt-berüchtigten Nacktscanner sind nicht die einzigen Gerätschaften, die in den Kellergewölben der EU verstauben. Nun sorgen auch noch Luxus-Fahrräder für Brüssel-Beamte für einen Wirbel. Die in Gelb und Blau gehaltenen Drahtesel werden von den Abgeordneten kaum benutzt, kosten aber ein Vermögen. Konkret geht es um den seit wenigen Jahren betriebenen Fahrradstall für alle EU-Beamten und Abgeordneten im Parlamentsgebäude in Brüssel. Dutzende speziell angefertigte und in den Farben der Union gehaltene Räder stehen hier für die Bürokraten bereit. Doch mit der sportlichen Betätigung haben sie offenbar nicht gar so viel am Hut: Genutzt werden die Geräte nämlich kaum. Kostenpunkt allein für die Erhaltung (!) pro Jahr: rund 10.000 Euro.

---

### GRÜNE ZITATE

Cem Özdemir, Bündnis 90 / Die Grünen: „Das Problem ist nicht Sarrazin selbst als Person sondern der gleich gesinnte Bevölkerungsanteil in Deutschland.“

Cem Özdemir: „Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!“

---

### Irrtümlich übermalt

Bei der Reinigung von Schmierereien an Hauswänden ist in Westengland irrtümlich ein um € 5.600.-- angekauftes Graffiti übermalt worden. Das Ordnungsamt wußte nicht, daß es sich um Kunst handelt.

# Wo früher Waldenburg lag

## Wieder Massengräber im Osten entdeckt / Mindestens 48.000 Tote

In den siebziger Jahren machten die „killing fields“ in Kambodscha grausige Geschichte – jene Schädelstätten, die die sterblichen Überreste von rund einer Million massakrierter Pol-Pot-Opfern bargen. Sogar ein Film wurde später darüber gedreht.

Weniger bekannt ist, daß auch Deutschland seine »killing fields« hat. Über sie wollen Medien und Politiker aber tunlichst nicht sprechen, weil es den scheinbaren Frieden stören könnte. Wie weit die vorausseilende Unterwerfung gehen kann, demonstrierte erst kürzlich Bundespräsident Wulff in Auschwitz, der gar eine »ewige« Verantwortung der Deutschen für Israel und die Juden herbeiphantasierte.

Bleiben wir lieber bei der Wahrheit, denn die ist im Zweifelsfall für bestehende Lügengebäude viel gefährlicher. Jenseits der augenblicklichen, völkerrechtlich durch nichts, aber auch gar nichts legitimierten Ostgreze unseres Landes ist die Erde voll von den furchtbaren Zeugnissen eines beispiellosen Menschheitsverbrechens. Millionen Deutsche fanden in der Schlußphase des Krieges und in den darauffolgenden Jahren der Vertreibung den Tod, ganze Regionen wurden von den Siegern entdeutscht. Vielerorts ließen sich trotz brutaler Gewalt nicht alle Deutschen zur Flucht bewegen – fielen sie noch nach der Periode der »wilden« Austreibung organisierten Massakern zum Opfer und verschwanden dann plötzlich aus den Chroniken.

Doch die Geschichte schweigt nicht. In Kroatien und Slowenien gibt sie seit dem Ende des Tito-Staates immer mehr ihrer grausigen Geheimnisse preis, und immer noch werden weitere Massengräber entdeckt: in alten Bergwerksstollen, in Panzergräben, in Karsthöhlen oder Schluchten. Tausende solcher Schädelstätten mit den Opfern Titos finden sich auf dem Balkan.

Auch in den Gebieten östlich von Oder und Neiße läßt sich die schlimme Geschichte ihrer Entdeutschung nicht verheimlichen. Seit Jahren stößt man im heutigen Polen – dort, wo früher Deutsche lebten, und das seit 600 Jahren – auf Hinterlassenschaften der Siegerverbrechen. Das Massengrab von Marienburg machte kurze Zeit Schlagzeilen – dort fand man bei Bauarbeiten Hunderte von Skeletten, viele mit Einschußlöchern im Kopf. Die Geschichte wurde rasch wieder unter den Teppich gekehrt und die sterblichen Überreste dieser massakrierten Deutschen würdelos entsorgt.

### Keine Opfer des „Nazi-Terrors“

Jetzt machte das unabhängige – und durchaus polen-kritische – Online-Nachrichtenmagazin polskaweb.eu auf weitere Skelettfunde aufmerksam. In den Höhlen rund um die frühere Großstadt Waldenburg in Schlesien soll es mindestens 37 mysteriöse Massengräber geben. Der Bevölkerung sind sie seit langem bekannt, den Behörden ebenfalls. Vereinzelt wurden die Opfer schon vor

Jahrzehnten auf Gedenktafeln pauschal zu Opfern des Nazi-Terrors erklärt.

Auf mindestens 48.000 Tote schätzt man die Zahl der Verscharrten. Eine Gebirgsbahn verband zahlreiche Orte und führte sogar bis nach Breslau. Polskaweb mutmaßt, »daß unzählige nach dem Kriege vermißte Waldenburger und/oder Breslauer in Erdlöchern im Eulengebirge ein jähes Ende fanden«.

Und wieder ist es nur eine makabre Spitze des Eisbergs. Wir sind mit der Geschichte unserer Ostgebiete noch lange nicht zu Ende.

Karl Richter

---

## So kriminell sind Asylwerber in Österreich

Österreich hat eine lange Tradition, Menschen in Not zu helfen. Vielen tausenden Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten mussten, gewährte unser Land Schutz vor Verfolgung. Dabei zeigten sich die Österreicher stets großzügig und hilfsbereit. Mit Stichtag 1. Jänner 2010 befanden sich 15.987 Asylwerber in der Grundversorgung des Innenministeriums, am 1. Jänner 2011 waren es noch 12.464.

Die Tradition, heimatvertriebene Menschen aufzunehmen, sprach sich bis in die fernsten Länder dieser Erde herum und Österreich wurde auch zum beliebten Anlaufpunkt von Asylbetrügnern aller Art. Manche, wie die Familie Zogaj, begnügen sich damit, sich des hohen sozialen Standards zu erfreuen, aber einige kommen wohl schon mit dem Vorsatz ins Land, hier kriminellen Machenschaften nachzugehen. Dies wird von den Gutmenschen und Flüchtlingshilfsvereinen zwar heftig bestritten, die Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache.

### 8524 tatverdächtige Asylwerber

Wie aus einer von Nationalratsabgeordneten Vilimsky (FPÖ) verlangten parlamentarischen Anfragebeantwortung hervor geht, gelangten im Jahr 2010 gegen 8.524 Asylwerber insgesamt 9055 kriminelle Delikte zur Anzeige. Mit 4214 Delikten hatten strafbare Handlungen gegen fremdes Vermögen den größten Anteil, gefolgt von Handlungen nach strafrechtlichen Nebengesetzen mit 1890, davon 1739 Drogendelikte, und strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben mit 1390 Delikten. Zahlenmäßig größte Gruppe waren diesbezüglich Asylwerber aus Russland (das sind in der Regel Tschetschenen) mit 1681 Tatverdächtigen, gefolgt von 925 Nigerianern und 563 Georgiern.

Nachdenklich macht der Umstand, daß das Innenministerium angeblich keine Statistik darüber führt, wieviele der kriminellen Asylwerber dann auch abgeschoben wurden und wieviele weiterhin in Österreich ihr Unwesen treiben können.

## Neue Asylwerber-Flut

Das hätte man sich durch die Aufhebung der EU-Visapflicht für Serbien an den fünf Fingern abzählen können: Europa erlebt eine Flut von Asylwerbern mit serbischen Pässen: 80 % Roma, 20 % Kosovaren. Die meisten von ihnen wissen, daß sie keine Chance haben. Sie hoffen auf ein paar Monate Sozialhilfe und ein Rückkehrgeld, welches in Schweden 500 (!) Euro beträgt, was Menschen aus Balkanregionen wie ein Lottogewinn vorkommt.

## Volle Meinungsfreiheit

Richard Williamson, Bischof der Pius-Bruderschaft, weigert sich beharrlich, vor einem deutschen Gericht zu erscheinen.

Der Brite war in der Vorinstanz wegen „Volksverhetzung“ zu 10.000 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Bisher war selbst Williamsons deutscher Anwalt davon ausgegangen, daß der Geistliche zur Berufung erscheint. Jetzt hat dieser sich abgemeldet. Auch die schwedischen Journalisten, die den Bischof einst in einem Interview zum Holocaust befragten und so die Affäre auslösten, werden nicht erscheinen. Ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen aus Deutschland wurde von der schwedischen Regierung abgelehnt. In Schweden herrsche „volle Meinungsäußerungsfreiheit für Interview-Partner“, zudem seien die kritischen Aussagen dort nicht strafbar. Eine Amtshilfe würde, so hieß es in der Begründung, gegen grundlegende schwedische Rechtsprinzipien verstoßen.

## Gesetzwidrig

Im Jahr 1989 wurde in Kärnten ein Verein RAT DER KÄRNTNER DEUTSCHEN angemeldet - analog zu dem nach wie vor bestehenden RAT DER KÄRNTNER SLOWENEN. Der Verein wurde von der Sicherheitsdirektion für das Land Kärnten untersagt. Auf den Protest der Vereinsgründer stellte Oberrat Dr. Zergoi fest: „Nach den dargelegten Gründen ist der Ausdruck DEUTSCH-KÄRNTNER als gesetzwidrig zu bezeichnen, hingegen findet sich in der österreichischen Rechtsordnung keine Bestimmung, wonach es verboten wäre, sich als SLOWENEN-KÄRNTNER zu bezeichnen.“

Nachdem bekannt geworden ist, daß die UDBA (Der frühere Jugoslawische Geheimdienst Uprava državne bezbednosti) bereits Ende der 40er Jahre die Sicherheitsdirektion in Kärnten infiltriert hat, drängt sich die Frage auf, ob dieser Dr. Zergoi womöglich einer von den Infiltrierten ist.

## „Klar und deutlich“

Winston Churchill, als Kriegskorrespondent der Morning Post. (In insgesamt 40 Konzentrationslagern ließen die Engländer die Kinder und Frauen der im Verteidigungskampf stehenden Buren systematisch verhungern.) „Es gibt nur ein Mittel, den Widerstand der Buren zu brechen; nämlich die härteste Unterdrückung. Mit anderen Worten, wir müssen die Eltern töten, damit die Kinder Respekt vor uns haben.“

## Neue Mittelschule: Höchster Anteil an Migranten-Kindern

*Mehr als jedes vierte Kind hat eine andere Muttersprache als Deutsch. An den Neuen Mittelschulen ist der Anteil mit 28 Prozent am höchsten.*

Der Modellversuch „Neue Mittelschule“ (NMS) weist gemeinsam mit den Sonderschulen unter allen Schultypen den höchsten Anteil an Kindern mit nicht deutscher Muttersprache auf. Von den insgesamt 16.848 Schüler, die im Schuljahr 2009/10 eine NMS besuchten, hatten 4.631 bzw. knapp 28 Prozent eine andere Muttersprache als Deutsch, ebenso hoch war der Anteil an Sonderschulen. Das geht aus Daten hervor, die das Unterrichtsministerium am Montag veröffentlicht hat.

Über alle Schulen gerechnet liegt der Anteil von Migrantenkinder bei 17,6 Prozent. Am zweithöchsten ist der Anteil an fremdsprachigen Kindern an Volksschulen mit 23 Prozent. An Hauptschulen ist jedes fünfte Kind (21 Prozent) mit einer anderen Muttersprache als Deutsch aufgewachsen, an berufsbildenden mittleren Schulen sind es 18 Prozent.

Bei den höheren Schulen ist der Anteil von Kindern nichtdeutscher Muttersprache mit 15 Prozent an AHS-Unterstufen am höchsten. Es folgen die AHS-Oberstufe mit 13 Prozent und die berufsbildenden höheren Schulen (BHS) mit 12 Prozent.

## Familiensache: Bernhard Häupl wird SP-Jugendkoordinator in Wien

***Gewichte-Stemmer und Autofan: Der 22-jährige Sohn des Bürgermeisters soll künftig das Jugendmarketing der Wiener Partei leiten.***

An sich ist der Job des Jugendkoordinators der Wiener SPÖ nichts, worüber groß berichtet wird. Maximal in Wahlzeiten – man denke an den umstrittenen Anti-Strache-Comic oder provokante Rapper – ist Jugendmarketing Thema. Nun aber hat der Posten ein prominentes Gesicht: Bernhard Häupl, der 22-jährige Sohn des Bürgermeisters, ersetzt Peko Baxant, der seinen Nachfolger mit aussuchen durfte. „Bernie“, wie ihn Freunde nennen, arbeitet seit zwei Jahren mit in der Jugendkoordination. Eigentlich als Fahrer und Logistiker angestellt, wirkte er auch in der Planung (z. B. eben beim Comic) mit. Der Student (Politikwissenschaft) gilt als bodenständig (Hobby: Gewichte stemmen), fleißig, aber auch als „stur und emotional“ und als großer Autofan, der dezidiert gegen die Ausweitung des Parkpickerls auftritt. Häupl jun. kandidierte bei der Nationalratswahl und der Wienwahl auf den hinteren Plätzen, war bei den „Jungen Roten“ rund um Laura Rudas aktiv und ist in der Sozialistischen Jugend verwurzelt. Daß ausgerechnet der Sohn des Bürgermeisters Jugendkoordinator werde, sei „nach außen sicher eine schiefe Optik“, gibt man intern zu, andererseits seien gerade die diesbezüglichen Bedenken des Vaters das größte Hindernis gewesen.

## Grüne Korun marschiert wieder mit Antisemiten

Am diesjährigen Migrantenstreik beteiligten sich erstmals auch zahlreiche linke Vereinigungen. Darunter auch - wie dieses Foto in der Presse beweist - die Grünen mit ihrer Menschenrechtssprecherin Alev Korun. Obwohl die Bevölkerung von dem Treiben zum 1. März wenig bis gar nichts mitbekam, sei an dieser Stelle dennoch erwähnt, welche Geisteshaltung von einigen Teilnehmern dieses Streiks ausgeht.

Bekanntlich unterstützte die türkische Internetseite [www.yabanci.at](http://www.yabanci.at), deren Gestaltung übrigens fast zur Gänze von der Seite der Österreichischen Wirtschaftskammer übernommen wurde, die Grünen im vergangenen Wien-Wahlkampf. In einem neunminütigen Video über den „Türkenhass der Österreicher“ sollte das Image der Türken in Österreich verbessert werden. Doch die darin verbreiteten Thesen waren nationalistisch und antisemitisch. Über die „meterlangen Schläfenlocken der Juden“ wurde gewitzelt, ebenso wie über Rumänen und Bulgaren, die bis zum EU-Beitritt keinen Asphalt gekannt haben sollen und sich heute noch von Straßenmüll ernähren würden. Daneben standen die frisch im Parteistudio aufgenommenen Wahlbotschaften der Grünen-Menschenrechtssprecherin Alev Korun und verschwanden erst, als der Skandal ruchbar wurde, dann aber blitzschnell, sodass über einen besonders guten Draht zwischen den Yabanci-Machern und den Grünen spekuliert wurde.

Beim Migrantenstreik am Viktor-Adler-Markt war die türkische Gruppe „ADGH - die demokratische Jugendbewegung in Europa“ stark vertreten. Gemeinsam mit dem österreichischen Revolutionär-Kommunistischen Jugendverband (RKJV) trug man das größte Transparent und forderte darauf - wie demokratisch! - auch die Zerschlagung des bürgerlichen Staates. „Dafür müssen wir hier in Österreich unseren Kampf in erster Linie gegen den bürgerlichen Staat ausrichten! Es ist notwendig jetzt eine revolutionär kommunistische Organisation aufzubauen, um im revolutionären Klassenkampf - im Kampf gegen das Lohnsystem, eine Waffe zu haben! Organisieren wir uns für den revolutionären Kampf gegen die bürgerliche Diktatur!“, steht auf den verteilten Flugblättern.

Obwohl die Jugendbewegung nach eigenen Angaben „gegen jede Art von rassistischen, faschistischen Bewegungen und Strömungen einen aktiven Kampf ausführt“, stehen besonders die Israelis auf der Abschussliste. „Wir bezeichnen Israel als den Schirmherrenstaat der Killer von Gaza“, heißt es auf türkisch auf der Facebook-Seite der ADGH. Vom antisemitischen Gedankengut vieler ihrer türkischer Mitstreiter hat sich die Grünen-Politikerin Korun bis dato

nicht distanziert, ebenso wenig vom offen demokratiefeindlichen Radikalmarxismus dieser Jugendgruppe, mit der sie gemeinsam vor dem Asylgerichtshof demonstriert hat. Als gebürtiger Türkin dürfte ihr aber sicherlich klar gewesen sein, mit wem sie sich die Straße für den angeblichen Kampf für Migrantrechte teilt.

---

## Asylverfahren kosten im Durchschnitt 1.400 Euro

*Seit der Einrichtung am 1. Juli 2008 gab es beim Asylgerichtshof etwa 50.000 Beschwerdeverfahren, 70 Prozent davon wurden abgeschlossen. Das geht aus einer parlamentarischen Anfrage hervor.*

Die durchschnittlichen Kosten für ein Asylverfahren betragen 1400 Euro. Zu diesem Schluß kommt das Bundeskanzleramt bei Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des BZÖ.

Seit dessen Einrichtung am 1. Juli 2008 sind beim Asylgerichtshof insgesamt rund 50.000 Beschwerdeverfahren anhängig geworden, wovon 70 Prozent oder 35.000 Verfahren abgeschlossen werden konnten. 80 Prozent der Beschwerdeverfahren weisen eine Verfahrensdauer von sechs Monaten auf, Dublinverfahren zwei bis drei Wochen.

### 12.400 in Grundversorgung

Mit Stichtag 1. Jänner 2011 befanden sich 12.464 Asylwerber in der Grundversorgung in den Bundesländern, davon

- 462 im Burgenland
- 770 in Kärnten
- 2591 in Niederösterreich
- 2258 in Oberösterreich
- 796 in Salzburg
- 1634 in der Steiermark
- 1014 in Tirol
- 477 in Vorarlberg
- 2462 in Wien.

### 9000 Mal wurde ermittelt

Insgesamt 9055 Ermittlungen gegen Asylwerber als Tatverdächtige gab es im vergangenen Jahr, gab das Innenministerium in einer weiteren Anfragebeantwortung an. Der BZÖ-Abgeordnete Gerald Grosz, der die Anfragen gestellt hatte, kritisiert die für ihn zu hohen Verfahrenskosten. Er fordert zudem, dass bereits ab der ersten Straftat das Recht auf ein Asylverfahren erloschen ist.

---

**Wiener Beobachter, Folge 238** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;  
e-Post: [kontakt@wienerbeobachter.at](mailto:kontakt@wienerbeobachter.at), Internetz: [www.wiener-beobachter.at](http://www.wiener-beobachter.at), [www.afp-aktiv.info](http://www.afp-aktiv.info);

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. \* Vertragsnummer: GZ 02Z031542M \* Erscheinungsort: Wien \* Verlagspostamt: 1170 Wien  
Konto: 00002394965, BLZ: 60000, Dr. Horst Ludwig, 1170 Wien